

NACHRICHTEN

Marokkanischer König in Frankreich

PARIS: Der marokkanische König Mohammed VI. ist am Sonntagabend zu einem viertägigen Staatsbesuch in Frankreich eingetroffen. Es ist der erste offizielle Auslandsbesuch des jungen Monarchen, der im Juli vergangenen Jahres den Thron bestiegen hat. Staatspräsident Jacques Chirac begrüßte Mohammed VI. auf dem Pariser Flughafen Orly. Paris und Rabat unterhalten sehr enge Beziehungen. Bei seinem Staatsbesuch wird der König von seiner Schwester Prinzessin Lalla Hasna begleitet.

Präsidenten-Stichwahl im Senegal

DAKAR: In gespannter Atmosphäre haben die Wahlberechtigten im Senegal am Sonntag in einer Stichwahl über den künftigen Präsidenten des Landes entschieden. Der Urnengang wird als Testfall für die Demokratie auf dem Kontinent angesehen. In der zweiten Runde standen sich der seit 1981 amtierende Staatschef Abdou Diouf von der Sozialistischen Partei und der Oppositionspolitiker Abdoulaye Wade von der Demokratischen Partei gegenüber. Diouf hatte im ersten Durchgang 41,3 Prozent der Stimmen erhalten, Wade 31 Prozent. Da sich die gesamte Opposition im zweiten Durchgang hinter Wade gestellt hat, ist nach Ansicht von Beobachtern ein Machtwechsel nach 40 Jahren möglich. Mit aussagekräftigen Ergebnissen wird erst in den kommenden Tagen gerechnet.

Europäische Union warnt Serbien



BELGRAD: Nach der NATO hat am Wochenende auch die EU Serbien deutlich vor einem Konflikt in der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro gewarnt. Die jugoslawische Armeespitze stellte sich demonstrativ hinter Präsident Slobodan Milosevic. Bei einem Treffen der Regierungschefs der Nachbarländer Jugoslawiens in Budapest erklärte der EU-Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana am Samstag, er hoffe sehr, dass kein weiterer Konflikt in der Region beginne. «Doch wenn das passiert, ist der Verantwortliche ohne Zweifel (der jugoslawische Präsident Slobodan) Milosevic». In Serbien dauert die Kampagne des Regimes gegen unabhängige Medien an. Mehr als 10 000 Menschen protestierten am Samstag im zentralserbischen Kraljevo gegen die Schliessung eines weiteren lokalen unabhängigen Radio- und Fernsehsenders (Bild). In den vergangenen Wochen hatten die Behörden landesweit mindestens sechs unabhängige Sender geschlossen.

Rau mit Medaille ausgezeichnet

KÖLN: Für seine Verdienste um die christlich-jüdische Zusammenarbeit ist der deutsche Bundespräsident Johannes Rau am Sonntag in Köln mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet worden. Die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit ehren mit der Medaille seit 1968 Persönlichkeiten, die sich um die Verständigung zwischen Christen und Juden verdient gemacht haben. Rau nahm die Medaille, die an die beiden deutsch-jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber und Franz Rosenzweig erinnert, auf einer Feierstunde zur Eröffnung der «Woche der Brüderlichkeit» entgegen.

Steiermark: FPÖ kann nicht zulegen

WIEN: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hat am Sonntag bei Kommunalwahlen in der Steiermark nicht merklich zulegen können. Sie erreichte 11,3 Prozent, das entspricht einem Zuwachs von lediglich 0,1 Prozentpunkten. Die FPÖ hatte sich deutliche Stimmenzuwächse erhofft. Die ÖVP gewann einen Prozentpunkt auf 43 Prozent, die SPÖ verbesserten sich um 0,5 Prozentpunkte auf 38,5 Prozent. Die Grünen kamen auf 2,1 Prozent.

Bill Clinton in Indien

Amerikanischer Präsident auf Südasien-Besuch

NEU DELHI: US-Präsident Bill Clinton ist am Sonntag zum Auftakt seiner Südasien-Reise in Neu Delhi eingetroffen. Er landete in Begleitung seiner Tochter Chelsea und seiner Schwiegermutter Dorothy Rodham auf einem Militärflughafen der indischen Hauptstadt.

Er hat in Neu Delhi nur die Nacht auf heute Montag verbracht. Clintons offizielles Reiseprogramm beginnt heute Montag mit einem eintägigen Staatsbesuch in Bangladesch. Es ist der erste Staatsbesuch eines amerikanischen Präsidenten seit der Unabhängigkeit des Landes von Pakistan im Jahre 1971.

Am Dienstag beginnt Clinton dann seinen Staatsbesuch in Indien, dem ersten eines US-Präsidenten seit 1978. Am kommenden Samstag besucht er für wenige Stunden Pakistan. Neu Delhi war für Clintons Besuch geschmückt worden. Vor seinem Eintreffen hatten kommunistische Gruppen am Sonntag an mehreren Orten Abbilder Clintons verbrannt.



Vor Clintons Eintreffen hatten kommunistische Gruppen am Sonntag an mehreren Orten Abbilder Clintons verbrannt. (Bild: Keystone)

lismus und die Koalition aus multinationalen Konzernen mit der Welt Handelsorganisation WTO.

Clinton soll der indischen Nachrichtenagentur UNI zufolge während seines Besuchs drei Abkom-

men zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen unterzeichnen. Vorgesehen sind eine gemeinsame Erklärung über die künftige Entwicklung des amerikanisch-indischen Verhältnisses sowie

eine Vereinbarung zur Einrichtung eines gemeinsamen Wissenschafts- und Technologieforschungs-

Ein weiteres Abkommen betrifft die Zusammenarbeit in Energie- und Umweltschutzfragen.

Israel billigt Truppenabzug

JERUSALEM: Die israelische Regierung hat am Sonntag mit grosser Mehrheit einen neuen Plan für den seit zwei Monaten überfälligen Truppenabzug aus weiteren Teilen des Westjordanlandes gebilligt. Bei einer Enthaltung stimmten 16 der Minister für und sechs gegen den Abzugsplan, wie das israelische Radio meldete. Die Palästinenser hatten dem Plan zum Abzug aus 6,1 Prozent des Gebietes bereits am vergangenen Mittwoch zugestimmt. Die ursprünglich für den 20. Januar vereinbarte Räumung soll in Kürze beginnen. Anlässlich des moslemischen Opferfestes liess Israel drei palästinensische Häftlinge frei. Das israelische Radio meldete, die Männer stammten aus Ost-Jerusalem und seien Mitglieder der PLO-Fatah-Bewegung Jassir Arafats. Am Sonntag wurden zwei, heute Montag zehn Gefangene freigelassen.

Machtwechsel in Taiwan

Aufruf zu Versöhnung und Dialog

TAIPEH/PEKING: Nach dem historischen Sieg des Oppositionspolitikers Chen Shui-bian bei den Präsidentschaftswahlen in Taiwan ist es am Sonntag in Taipeh zu Unruhen gekommen. Hingegen blieb die Reaktion aus Peking auf den Wahlausgang zurückhaltend.

Unbeeindruckt von den Warnungen Pekings im Vorfeld der Wahlen war Chen Shui-bian am Samstag mit 39,3 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt worden. Nach mehr als 50 Jahren geht damit in Taiwan die Herrschaft der nationalistischen Partei Kuomintang (KMT) zu Ende.

Chens Fortschrittspartei (DPP) tritt in ihrem Programm für eine Unabhängigkeit Taiwans ein. Der neugewählte Präsident versicherte, am Status quo Taiwans nichts formell verändern zu wollen. Er rief zur Versöhnung und zum Dialog mit

Peking auf. China rief Chen nach seinem Wahlsieg zu direkten Gesprächen auf.

Dabei könne es um eine Zusammenarbeit auf Gebieten wie Tourismus, Handel und Investitionen gehen. Eine Vereinigung Taiwans mit China nach dem Vorbild Hongkongs und Macaus werde es aber nicht geben.

Chen sagte, Taiwan stünde grosse Herausforderungen bevor. Der Machtwechsel werde friedlich verlaufen und die Situation stabil bleiben. Er hoffe, dass nach dem Wahlkampf in Taiwan nun Ruhe und Normalität wieder einkehrten.

Im Gegensatz zu militärischen Drohungen im Vorfeld des Urnengangs reagierte die kommunistische Führung in Peking mit Zurückhaltung auf den Wahlausgang. Vor der Abstimmung waren Truppenteile in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden.

Teilabzug aus Tschetschenien

MOSKAU: Russland wird nach den Worten von Interimspräsident Wladimir Putin bald Truppen aus Tschetschenien abziehen. Zahlen oder ein Datum für den Beginn des Truppenabzugs nannte Putin am Wochenende in Moskau allerdings nicht. Mit dem bevorstehenden Abschluss der Militäraktionen in der Kaukasus-Republik sollten die «überschüssigen Truppen» vor allem aus der Ebene im nördlichen Teil Tschetscheniens abgezogen werden, sagte Putin in einem Interview mit der Radiostation «Majak» in Moskau. Die Streitkräfte der Rebellen seien zerschlagen. Es gebe keinen organisierten Widerstand mehr, erklärte der Interimspräsident Putin weiter. Einen vollständigen Abzug der russischen Streitkräfte aus Tschetschenien, wie 1996 nach dem faktisch verlorenen Krieg, schloss er kategorisch aus.

Kein Atom-Ultimatum

Deutsche Grüne einig - Kritik an Fischer

KARLSRUHE: Die Delegierten der deutschen Grünen haben bei ihrem Kongress der Parteispitze in der Atompolitik am Wochenende den Rücken gestärkt. Die Pläne der Parteispitze für eine Strukturreform kamen hingegen nicht durch.

20 Jahre nach der Gründung der Partei verabschiedete sich die Grünen-Basis in Karlsruhe von der Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Stattdessen stimmten die Delegierten für eine Beschränkung der Gesamtlaufrichtzeit der Atomkraftwerke auf 30 Jahre.

Die kleine Regierungspartei legte sich zudem auf ein striktes Nein zu Rüstungsexporten in die Türkei (1000 Leopard-2-Panzer) fest, was mit andauernden Menschenrechtsverletzungen begründet wurde. Auch einer Panzerlieferung in die Vereinigten Arabischen Emirate widersetzten sich die Grünen.

Auch kritisierten die Delegierten das Vorgehen des grünen Aussenministers Joschka Fischer beim Protest

gegen den Krieg in Tschetschenien. Sie forderten zudem eine Prüfung von Sanktionen gegen Moskau.

Im Atombeschluss heisst es, die Verhandlungen mit der Industrie über das Auslaufen der Atomenergie

müssten «nun zügig zu einem Ende geführt werden». Nach mehrstündiger heftiger Debatte hatten sich der grüne Umweltminister Jürgen Trittin und der Parteivorstand damit durchgesetzt.



Im Grossen und Ganzen gab es Zustimmung zur Politik der Minister Joschka Fischer (links) und Jürgen Trittin. (Bild: Keystone)

«Pinochet soll vor Gericht»

SANTIAGO DE CHILE: Bei der bisher grössten Kundgebung gegen Ex-Diktator Augusto Pinochet seit dessen Rückkehr haben mindestens 60 000 Chilenen einen Prozess gegen den früheren Gewaltherrscher gefordert. Das Konzert in dem berühmt-berüchtigten Stadion de la Nacion in Santiago, in dem Pinochet nach dem Putsch 1973 Tausende politischer Gegner zusammentrieb und zum Teil foltern und ermorden liess, dauerte bis zum frühen Sonntagmorgen. Die Einnahmen des Benefizkonzertes kamen der Vereinigung der Angehörigen der Verschwundenen zugute, die das Konzert organisiert hatte.

PanAlpina Sicav Alpina V

Preise vom 17. März 2000
 Kategorie A (thesaurierend)
 Ausgabepreis: € 66.90
 Rücknahmepreis: € 65.56
 Kategorie B (ausschüttend)
 Ausgabepreis: € 66.30
 Rücknahmepreis: € 64.96